



medienINFO

Nr. 14/2023

Montag, 24. April 2023

„Rana Plaza darf sich nicht wiederholen!“

Unternehmen und Politik müssen Verantwortung übernehmen

Bielefeld. Der Einsturz der Textilfabrik in Rana Plaza/Bangladesch jährt sich am 24. April 2023 zum zehnten Mal. 1.138 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden damals getötet und mehr als 2.000 verletzt. Obwohl die Einsturzgefährdung der Fabrik in Rana Plaza bekannt war, wurde die Produktion weitergeführt. Auch deutsche Modemarken wie Adler, NDK und KiK ließen dort Textilien fertigen.

„An diesem Tag gedenken wir der vielen Toten und Verletzten, ihrer Angehörigen und Familien“, sagt die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus. „Diese Katastrophe, die durch Fahrlässigkeit und rücksichtsloses Gewinnstreben ausgelöst wurde, hat unfassbares Leid über diese Menschen gebracht. Rana Plaza darf sich nicht wiederholen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeitern haben Vorrang vor Gewinnmaximierung. Die Wirtschaft muss dem Leben dienen.“

Damit die mehr als vier Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Textilfabriken Bangladeschs nicht weiterhin ihr Leben gefährden, setzen sich Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen wie die „Kampagne für Saubere Kleidung“ und Kirchen für sichere sowie bessere Arbeitsbedingungen ein.

Ein Erfolg der Bemühungen ist, dass zahlreiche große Textilunternehmen das Abkommen zur Feuer- und Gebäudesicherheit, das sogenannte „Bangladesh Accord on Fire and Building Safety“ unterzeichnet und Maßnahmen für Arbeitssicherheit umgesetzt haben. Doch viele große Unternehmen haben das Abkommen nicht unterzeichnet, zudem läuft es im Herbst 2023 für Bangladesch aus. Eine Verlängerung ist ungewiss.

Aus diesem Grund fordert Albrecht Philipps, Ökumenedezernent und Landeskirchenrat der Evangelischen Kirche von Westfalen: „Die Textilunternehmen müssen sich zu sicheren Arbeitsplätzen und unabhängigen Kontrollen in Bangladesch und anderen Produktionsländern bekennen, indem sie das Abkommen fortführen bzw. ihm beitreten.“

Damit Menschenrechte und Kernarbeitsnormen eingehalten werden, ist auch die Politik gefragt. „Ein strengeres und wirksames EU-Lieferkettengesetz wäre ein wichtiger Schritt, um grundlegende Menschen- und Arbeitsrechte auch in der Textilindustrie zu gewährleisten. Die Bundesregierung und die Europaabgeordneten sollten bei den kommenden Verhandlungen über das Lieferkettengesetz ihrer Verantwortung gerecht werden“, so Präses Kurschus.

Albrecht Philipps verweist darauf, dass auch Kirche zum Handeln aufgerufen sind: „Mit einer öko-fairen Beschaffung von Textilien in Kirche und Diakonie können wir zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter beitragen. Einige diakonische Einrichtungen haben ihre Beschaffung umgestellt, doch wir müssen noch weitere Anstrengungen unternehmen. Rana Plaza ruft uns alle zum Handeln auf.“